Ich mache jetzt keine wertenden einleitenden Bemerkungen, wir wollen zuhören. Wir haben zwei Referenten zum Thema: „Funktionen, Dysfunktionen und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Dazu werden Herr Dr. Werner Klein von der Universität Köln und Herr Professor Reinhard Schmidt von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida referieren. Herr Dr. Klein, ich bitte Sie, als erster das Wort zu nehmen.

Dr. Werner Klein: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Das Thema meines Referats wurde schon angekündigt. „Funktion, Dysfunktion und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Mein Referat gliedert sich in vier Hauptteile.

Der erste Hauptteil befaßt sich mit zwei wesentlichen Grundproblemen eines jeden Wirtschaftssystems: erstens dem Problem effizienter Lenkung der volkswirtschaftlichen Ressourcen, zweitens dem Problem der Gewinnung und Nutzung jenen Wissens, das für eine effiziente Ressourcenlenkung notwendig ist. Der zweite Hauptteil ist den Funktionen einer Zentralverwaltungswirtschaft gewidmet, die diese bei der Lösung der genannten Probleme hat. Teil drei des Referats beschäftigt sich mit vier zentralen Aspekten von Dysfunktionalitäten, die Zentralverwaltungswirtschaften systemimmanent sind. Im vierten Teil ist schließlich auf zwei Beispiele bedeutsamer systemimmanenter Wirtschaftsreformen und die Gründe für deren Scheitern einzugehen.

Aus Gründen der Zeitökonomie müssen meine Ausführungen größtenteils etwas holzschnittartig ausfallen. Die Diskussion im Anschluß an die Einführungsreferate gibt aber sicherlich die Gelegenheit, etwas ausführlicher auf das eine oder andere Detail einzugehen.

Erlauben Sie mir nun zu Beginn einige wenige Vorbemerkungen. Wenn es hier meine Aufgabe ist, über Funktion und Dysfunktion von Zentralverwaltungswirtschaften zu sprechen, so könnte leicht der Eindruck entstehen, nur für diesen Typus einer Wirtschaftsordnung gäbe es Funktionsprobleme. Dies ist natürlich nicht der Fall. Auch Marktwirtschaften leiden vielfach unter Dysfunktionen. Unter makroökonomischem Aspekt denke man nur an Situationen von Unterbeschäftigung, an Instabilitäten des Geldwertes, an außenwirtschaftliche Ungleichgewichte oder an Innovations- und Wachstumsschwächen, wodurch auch immer diese Dysfunktionen ausgelöst werden. Mikroökonomisch gesehen kann man an viele Fälle denken, in denen ganze Unternehmungen – oft durch Fehlverhalten des Managements – in Existenzkrisen geraten. Firmennamen wie Balsam, Bremer Vulkan, Daimler Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Metallgesellschaft und Südmilch sind besonders eklatante Beispiele dafür. Dennoch kann man heute aufs Ganze gesehen sagen, daß sich Marktwirtschaft in Verbindung mit politischer Demokratie den Systemen mit politischer Diktatur und Zentralverwaltungswirtschaft auch ökonomisch als leistungsüberlegen erwiesen hat. Es ist eben wohl so, daß dem letzteren Typus von Wirtschaftsordnung bestimmte Dysfunktionen inhärent sind, die sich auch durch

systemerhaltende, systemimmanente Reformen nicht beseitigen lassen und letztlich zum Untergang dieses ökonomischen Gesamtsystems beigetragen haben.

Zu den erwähnten zwei Grundproblemen: Das erste Grundproblem betrifft die möglichst effiziente Lenkung der volkswirtschaftlichen Ressourcen in Form des Bestandes an verfügbarer Arbeit, Boden und Rohstoffen sowie an Sachkapital. Im Gegensatz zum Verständnis des Effizienzbegriffs unter den Strukturbedingungen einer Marktwirtschaft, gekoppelt mit politischer Demokratie, ist der Terminus Effizienz in einer Zentralverwaltungswirtschaft in Verbindung mit politischer Diktatur doppeldeutig. Effizient wäre eine Ressourcennutzung dann, wenn dies den Vorstellungen der herrschenden Parteieliten (Nomenklatura) entspricht. Eine effiziente Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen kann aber auch daraus abgeleitet werden, daß damit den Präferenzvorstellungen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft gedient wird. Eine Übereinstimmung der durch die herrschenden Parteieliten repräsentierten „gesellschaftlichen" Interessen mit den „individuellen" der sonstigen Bürger wäre rein zufälliger Natur. Die Realität von Zentralverwaltungswirtschaften war eher durch massive Interessenkonflikte dieser Art gekennzeichnet.

Effiziente Lenkung und Nutzung der volkswirtschaftlichen Ressourcen erfordert in allen Wirtschaftssystemen eine in dieser Hinsicht wirksame Planung. Planung setzt Kenntnisse über planungsrelevante Tatbestände voraus. Das Wissen hierüber**,** und dies ist das zweite Grundproblem, ist aber bei gesellschaftlicher Wirtschaftsweise in den Köpfen von möglicherweise Millionen von Menschen verteilt und prinzipiell auch nicht vollständig zentralisierbar. In jedem Wirtschaftssystem bedarf es daher eines funktionsfähigen Kommunikationsnetzwerks, das der Informationsgewinnung und -weiterleitung über jene planrelevanten Fakten dient, die die Entscheidungsgrundlage für eine effiziente Ressourcenlenkung und -nutzung darstellen.

In den beiden ganz verschiedenen Grundtypen von Wirtschaftsordnungen, die sich in der Zwischenkriegszeit in der einen Form in der Sowjetunion und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa in zweierlei Form herausgebildet hatten, dem marktwirtschaftlichen System im Westen und dem der zentralverwaltungswirtschaftlichen Struktur im Osten, um es so plakativ zu sagen, sind ganz verschiedene Wege zur Bewältigung der genannten beiden Grundprobleme angelegt.

Auf der Grundlage der als „Volkseigentum" apostrophierten Form des staatlichen Eigentums vor allem in der Industrie und des Eigentums sogenannter sozialistischer Genossenschaften u. a. in der Landwirtschaft und im Handwerk – Privateigentum spielte außer in der polnischen Landwirtschaft und im Handwerk und in der Wohnungswirtschaft der DDR eher eine marginale Rolle –, geschah in den Zentralverwaltungswirtschaften die Ressourcenlenkung vermittels eines komplexen Gefüges administrativ-zentraler Pläne materieller und finanzieller Art. Es handelte sich dabei um den Versuch, auf verwaltungsmä-

ßigem Wege Art, Umfang, Zusammensetzung und Verwendung der Gütererzeugung für jeweils eine bestimmte Zeitperiode festzulegen.

Wie verschafften sich nun die am Planungsprozeß beteiligten Instanzen jenes Wissen, das unverzichtbare Grundlage für sinnvolle ökonomische Entscheidungen ist? Grundsätzlich kann man sagen, daß einer Zentralverwaltungswirtschaft, in der es offiziell keine Märkte mit selbständig handelnden Anbietern und Nachfragern gibt, ein System der Informationsvermittlung nicht zur Verfügung stehen konnte, wie es Marktwirtschaften eigen und dadurch charakterisiert ist, daß ein großer Teil des Wissensaustauschs in vielfach indirekter und anonymer Form vermittels laufender Veränderungen von Marktsignalen preislicher und mengenmäßiger Art geschieht. In den Zentralverwaltungswirtschaften wurden Wissen vermittelnde Informationen bei der Planung im Rahmen verwaltungsmäßiger Kommunikationswege gewonnen. Die Informationsvermittlung vollzog sich sowohl in vertikaler wie auch in horizontaler Richtung innerhalb des Netzes der Planungs- und Leitungsorgane.

Dabei spielten eine große Anzahl von Richtlinien, von Mengen- und Wertkennziffern oder Normativen über Produktion und Absatz, Außenhandel, die Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, den Einsatz von Arbeitskräften, die Investitionen, die Kostengestaltung, den zu erzielenden Gewinn und anderes eine entscheidende Rolle.

Wegen des möglichen sogar wahrscheinlichen Auseinanderfallens der durch die Partei in den entsprechenden Direktiven der Parteitage definierten gesellschaftlichen Interessen und den individuellen Interessen derjenigen, die die aus den Parteitagsbeschlüssen abzuleitenden Planziele zu verwirklichen hatten, bedurfte es in der Zentralverwaltungswirtschaft teilweise besonderer Formen der Leistungsanreize, aber auch eines umfassenden Systems der Leistungskontrollen. Im Gegensatz zu bestimmten theoretischen Modellen einer Zentralverwaltungswirtschaft, in denen zumindest implizit mit der Annahme gearbeitet wird, die Gesamtheit der am Prozeß der Planung und der Planverwirklichung beteiligten Menschen bildete ein Team im organisationstheoretischen Sinne, würden sich also freiwillig und vollständig in den Dienst an der Realisierung der von der Zentrale festgelegten Ziele des Wirtschaftens stellen, ohne konkurrierende eigene Zwecke zu verfolgen, war dies in der Realität von Zentralverwaltungswirtschaften keineswegs der Fall.

Es waren sehr wohl vielfältige Interessenkollisionen beobachtbar. Es gab daher ein massives Leitungsproblem, das in der Frage bestand, durch welche Mechanismen oder Vorkehrungen man die einzelnen Beschäftigten, ganze Arbeitsgruppen (Brigaden) und das Management (leitende Kader) dazu motivieren oder zwingen könnte, auf das Verfolgen von Zwecken zu verzichten, die aus der Sicht der politischen Elite kontraproduktiv waren, und statt dessen ein hohes Maß an Leistung im Interesse der zentral festgelegten Ziele zu erbringen.

Um dies zu erreichen, versuchten die politischen Entscheidungsinstanzen, die in den Betrieben arbeitenden Menschen sowohl durch sozialpsychologisch

wirkende Formen der Leistungsstimulierung als auch durch Formen der materiellen Stimulierung zu einem entsprechenden Leistungsverhalten zu motivieren und ihre Tätigkeit durch eine beträchtliche Anzahl von Kontrollinstanzen und -mechanismen zu überwachen. Trotz oder gerade wegen der systemspezifischen Mechanik, die Leistungsbewertungen aller Art und aller planverantwortlichen Ebenen an die Erfüllung bzw. Übererfüllung von Planaufgaben bzw. -auflagen zu binden, kam es zu jenen gravierenden Dysfunktionalitäten, auf die nun im folgenden eingegangen werden soll.

Die administrativ-zentrale Planung und Lenkung des Ressourceneinsatzes und der Produktion begründet in Verbindung mit dem kollektiven Eigentum an den sachlichen Produktionsmitteln und den erwähnten Formen der Informationsvermittlung und Leistungsstimulierung aus Sicht der politischen Entscheidungsträger höchster Ebene und im Hinblick auf eine effiziente Ressourcennutzung entscheidende Defekte im ökonomischen Verhalten von Individuen, Betriebskollektiven, ganzen Betrieben und selbst von Planungsinstanzen übergeordneter Verantwortlichkeit. Anders ausgedrückt: Die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung und die durch sie geprägten Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstrukturen ermöglichten nur eine sehr unbefriedigende und sich mit der Zeit verschlechternde Lösung des Problems einer hinreichend sinnvollen und effizienten Ressourcenlenkung. Infolgedessen konnte diese Ordnung allmählich ihre eigentliche Grundfunktion nicht mehr zureichend erfüllen, nämlich den Wirtschaftsablauf so zu gestalten, daß die Macht der Führungselite gewährleistet blieb. Dieses System erwies sich in diesem Sinne als immer weniger effizient. Gleichzeitig erbrachte es auch und im Verlauf der Zeit, abgesehen von relativ kurzen Erholungsperioden, immer bescheidener werdende Ergebnisse hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern der verschiedensten Art, so daß sich die Zentralverwaltungswirtschaft auch in diesem Sinne als wenig effizient erwies.

Was waren die entscheidenden Ursachen hierfür, und welches waren die wirtschaftlich negativen Folgen dieser Entwicklung, die letztlich zum Scheitern des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft beigetragen haben? Mit dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler Jan Winiecki sei auf vier zentrale Aspekte dieser Fragestellung näher eingegangen.

Es sind dies erstens die makroökonomischen Dysfunktionalitäten zentraler Planung, zweitens die durch das System der zentralen Planung generierten verzerrten Sektoral- und Produktionsstrukturen, drittens das systembedingte weitgehende Versagen des Systems hinsichtlich seiner Fähigkeit, die außenwirtschaftlichen Beziehungen als wohlstandsmehrenden Faktor nutzen zu können und viertens die systemspezifischen Innovations- und Investitionsbarrieren.

Zu den makroökonomischen Dysfunktionalitäten: Zu den Spezifika makroökonomischer Dysfunktionalitäten und den damit einhergehenden negativen ökonomischen Effekten zentraler Planung gehörte die zu beobachtende permanent exzessive Nachfrage nach Produkten und Faktoren einerseits und eine daraus hervorgehende generelle systemspezifische Knappheitssituation

andererseits. Dies erklärt sich aus dem in den Anreizstrukturen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft begründeten Verhalten der Betriebe, den Produktionsausstoß, gemessen an quantitativen oder Wertkennziffern, wegen des Zwangs zur Planerfüllung und der damit verknüpften Prämienzahlungen de facto ohne Rücksicht auf die Kosten von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Die daraus hervorgehende exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren aller Art, also nach Rohstoffen, Materialien, Investitionsmitteln, Zwischenprodukten und nicht zuletzt auch Arbeitskräften, erzeugte so ein Klima allgemeiner Ressourcenknappheit.

Die zentralen Planträger reagierten wegen ihres Hangs zur Autarkie – außenwirtschaftliche Abhängigkeiten wurden nämlich als ein Gefährdungsmoment für die Durchführbarkeit des Volkswirtschaftsplans angesehen – auf diese Entwicklung in der Weise, daß versucht wurde, die Produktion als besonders knapp empfundener Güter zu erhöhen. So kam es generell zur Ausarbeitung makroökonomischer Pläne, die wegen der im System angelegten spezifischen Ressourcenknappheit nicht oder nicht im geplanten Maße erfüllt werden konnten.

Zum zweiten Aspekt der sektoralen Dysfunktionalitäten: Der zweite Komplex von Dysfunktionalitäten bezieht sich auf die durch das System hervorgerufenen sektoralen Strukturverzerrungen und den unter dynamischen Aspekten offensichtlich damit einhergehenden nicht leistbaren Strukturwandel. Die Entwicklung von der Dominanz der Land- und Forstwirtschaft hin zu der des industriellen Sektors ist offensichtlich in den realen Zentralverwaltungswirtschaften bei der Herausbildung der wirtschaftlichen Primärbedeutung der Industrie stehen geblieben.

Im Vergleich zu Marktwirtschaften etwa gleichen Entwicklungsstandes wiesen Zentralverwaltungswirtschaften einen überdimensionierten industriellen Bereich aus, was spiegelbildlich eine Vernachlässigung der Entwicklung hin zu einer wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors impliziert. Zu den systemspezifischen Faktoren, die zur Überdimensionierung des industriellen Sektors und zur Verfestigung dieses Erscheinungsbildes führten, zählen die zwecks Minimierung des Planrisikos generelle binnenwirtschaftliche Orientierung der Ressourcenplanung und deswegen auch die prinzipiell auf Importsubstitution ausgerichtete Außenhandelspolitik. Importsubstitutionspolitik meint so viel Importe, wie gerade notwendig. Diese semiautarke Strategie wirtschaftlicher Entwicklung führt wegen der dadurch nicht wahrgenommenen Vorteile aus der internationalen Spezialisierung zu einer vergleichsweise übergroßen Ausdehnung der Vor- und Zwischenprodukte herstellenden Bereiche: Eisen und Stahl, Chemie, Zement, Papier usw. Dies läßt sich auch als eine systemspezifische Form der Unterspezialisierung beschreiben, weil hierdurch bedingt in Zentralverwaltungswirtschaften ein vergleichsweise zu großes Sortiment an Gütern und Faktoren in zu geringen Losgrößen produziert wird, deren Herstellung zudem dann einen zu hohen Material- und Faktoraufwand erfordert. Es erweisen sich dann die Herstellungskosten damit als vergleichswei-

se zu hoch und die Produkte teilweise als technisch veraltet, weil auch die notwendigen Ressourcen für die Modernisierung einer zu großen Zahl von Produktlinien fehlen.

Auf der Ebene mikroökonomischer Betrachtung läßt sich all dies aus der Tatsache ableiten, daß Herstellerbetriebe aus Gründen der Planerfüllung und Prämienerzielung nur ein (moderates) Mehr an Finalprodukten zu erzeugen versuchen. In einem Klima allgemeiner Ressourcenknappheit, unzuverlässiger Zulieferungen und von Unsicherheiten sonstiger Art tendieren die Herstellerbetriebe zwecks Minimierung des Planrisikos dazu, den Anteil selbsterzeugter Zwischenprodukte möglichst auszuweiten. Auch Ersatzteile für und Komponenten der in den Betrieben vorhandenen Ausrüstungen werden aus diesem Grund möglichst selbst hergestellt. Auf diese Weise betreiben die Herstellerbetriebe eine binnenwirtschaftlich ausgerichtete systembedingte Art von „Importsubstitutionspolitik", indem sie versuchen, so wenige wie möglich der benötigten Vorprodukte von Zulieferbetrieben zu beziehen. Diese systemspezifische Do-it-yourself-Strategie hat allerdings ganz erhebliche negative gesamtwirtschaftliche Konsequenzen in Form von gravierenden Verzerrungen der Produktionsstrukturen. Die oftmals sogar auf ein Produkt bezogenen geringen Losgrößen von Zwischenprodukten, selbsterstellten Ersatzteilen, Werkzeugen und sonstigen Komponenten erfordern einen weit höheren Material- und Arbeitseinsatz als dies bei entsprechend spezialisierten Vorlieferanten der Fall wäre.

Die in der historischen Entwicklung konkreter Zentralverwaltungswirtschaften anfänglich beobachtbare rapide Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung des industriellen Sektors mag auf die Strategie der beschleunigten Industrialisierung zurückzuführen sein, erklärt allerdings nicht das Verharren und die Verfestigung der Produktionsstrukturen mit einem dann in dynamischer Sicht als Überdimensionierung dieses Sektors zu bezeichnenden Zustand. Letztere Erscheinung läßt sich allerdings auf jene systemspezifischen dysfunktionalen Faktoren zurückführen, die nach Erreichung einer dominanten Position des industriellen Sektors die Dauerhaftigkeit dieser Sektoralstruktur festigen und perpetuieren.

Wie bereits gezeigt, werden Endprodukte aller Art, und damit auch jene des industriellen Sektors, aus systemspezifischen Gründen mit einem exzessiv hohen Faktoreinsatz erzeugt. Das Klima allgemeiner Ressourcenknappheit schlägt dann in der Weise auch auf die vorgelagerten Produktionsstufen durch, daß der Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen von den Planverantwortlichen auf der zentralen Ebene diesen letzteren Bereichen zugeordnet und angelastet wird. Der wahre Grund für die genannten Mangelerscheinungen findet sich aber darin, daß innerhalb des industriellen Sektors diese Branchen selbst als überdimensioniert identifiziert werden können. Infolge des Wahrnehmungsmangels der zentralen Planträger für die tatsächlichen Gründe der allgemeinen Ressourcenknappheit werden große Teile der Investitionen dann im Bereich der Rohstoffe erzeugenden Sektoren und jenen der ersten industriellen

Verarbeitungsstufen, z. B. in der Stahlindustrie und der Basisprodukte erzeugenden chemischen Industrie, in der Zementindustrie usw. verwendet. Auf diese Weise verharrt der industrielle Sektor auf dem einmal erreichten Entwicklungsniveau und zementiert, wörtlich gesprochen, die damit verknüpften Strukturverzerrungen.

Die geschilderte ökonomische Mechanik hatte nicht zuletzt auch entsprechend negative Auswirkungen auf die Produktion von Konsumgütern. Wie gezeigt, wird ein überproportional hoher Anteil der volkswirtschaftlichen Ressourcen innerhalb des überdimensionierten industriellen Sektors verbraucht, von dem der Löwenanteil auf die Herstellung von Investitionsgütern und Zwischenprodukten entfällt, die ihrerseits wiederum selbst Einsatzfaktoren für die Investitionsgüterindustrie sind. Das unter diesen systemspezifischen Umständen erzeugte Wachstum schlägt sich somit primär im Wachstum dieser Erzeugnisse des industriellen Sektors selbst und in einem eher bescheidenen Wachstum der Konsumgütererzeugung nieder. Das Wachstum dieser Art läßt sich kurz gesagt als ein Wachstum ohne Fortschritt charakterisieren.

Zum dritten Aspekt von Dysfunktionalitäten: Außenwirtschaftliche Implikationen.

Der dritte Aspekt systembedingter Dysfunktionalitäten bezieht sich auf das weitgehende Versagen der Nutzung außenwirtschaftlicher Beziehungen als wohlstandsmehrenden Faktor. Die institutionelle Ausgestaltung des Außenwirtschaftsregimes als Außenhandels- und Devisenmonopol folgt aus der systemimmanenten Notwendigkeit, auch diesen volkswirtschaftlichen Bereich mit Blick auf die zu tätigenden Importe und Exporte aus Gründen der Planungssicherheit beherrschen zu müssen. In den Importplänen spiegeln sich bei prinzipieller Binnenorientierungen die trotzdem bestehenden Notwendigkeiten zum Import bestimmter Produkte.

Die aus den oben dargelegten systemspezifischen Gründen hervorgehende exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren und Materialien aller Art erzeugt ihrerseits einen erhöhten Importdruck meist in Richtung der Importe aus Marktwirtschaften. Dies deshalb, weil die Handelsbeziehungen zu den dominanten Partnerländern gleicher oder ähnlicher Ordnungsstruktur durch die abgeschlossenen Handelsabkommen relativ zementiert waren und diese Handelspartner sich ebenfalls dem gleichen Phänomen exzessiver Faktornachfrage gegenüber sahen. Dieses Faktum berührt nun seinerseits die Exportmöglichkeiten einer Zentralverwaltungswirtschaft in der Weise, daß der überdimensionierte industrielle Sektor ein Übermaß an auch exportierbaren Produkten, Rohstoffen, Energieträgern und Zwischenprodukten selbst verbraucht.

In einer Volkswirtschaft, die aus systemspezifischen Gründen primär auf die Strategie der Importsubstitutionspolitik ausgerichtet ist, führen alle Versuche, den Druck auf höhere Importe zu reduzieren, zu erheblichen binnenwirtschaftlichen und damit auch die Exportchancen berührenden Problemen. Auf Grund der Spezifik der Warenstruktur bei importsubstitutionsstrategischer Planung

erscheinen alle Güter dieser Art für die Sicherung der Produktionsziele der eigenen Volkswirtschaft als „lebensnotwendig“.

Viertens: Barrieren strukturellen Wandels. Aus dem bisher Gesagten dürfte deutlich geworden sein, daß die systembedingten Dysfunktionen von Zentralverwaltungswirtschaften – auch und insbesondere im historischen Rückblick – den notwendigen und durch technischen Fortschritt zu bewirkenden strukturellen Wandel kaum vollziehen und das als notwendig erachtete Wirtschaftswachstum nicht mehr hervorbringen konnten. Letzteres auch deshalb, weil sich die Quellen extensiven Wachstums irgendwann einmal erschöpfen mußten. Die zentralen Planträger sahen sich in diesem Kontext zwei nicht überwindbar erscheinenden Barrieren gegenüber.

Als erstes ist eine massive systembedingte Innovationsbarriere zu nennen. Unter den Bedingungen noch vorhandener Quellen extensiven Wirtschaftswachstums war es für die Betriebe einfach risikoloser, die erwarteten Planergebnisse mit den bewährten Methoden, d. h. den hergebrachten, vielleicht eben nur wenig modernisierten Technologien zu erreichen. Risikoaversion, wohlbegründet durch das betriebliche Eigeninteresse an Planungssicherheit, wurde damit zur Ursache der genannten Innovationsbarriere, die aus den bereits genannten Gründen, und wie noch zu zeigen sein wird, auch im Rahmen von Wirtschaftsreformen nicht überwunden werden konnte, selbst nachdem die Quellen extensiven Wirtschaftswachstums erschöpft waren.

Die zweite Barriere strukturellen Wandels betrifft die Investitionen selbst. Dies meint, daß aus Sicht der zentralen Planträger lediglich ein Mangel an entsprechenden Ressourcen die Komplettierung und Erweiterung der volkswirtschaftlichen Kapazitäten und das damit verbundene angestrebte Wirtschaftswachstum behinderte.

Im historischen Rückblick gesehen, glaubten die Planverantwortlichen Anfang der 70er Jahre, die beiden erwähnten Barrieren durch den Import westlicher Technologien und deren Finanzierung durch westliche Kredite überwinden zu können. Dies erschien als der Königsweg zur Überwindung der erkennbar gewordenen Wachstumsschwächen, Ineffizienzen und strukturellen Verkrustungen. Daß diese Strategie aus systemspezifischen Gründen zum Scheitern verurteilt war, ist auf die folgenden Faktoren zurückzuführen.

Die in den importierten Investitionsgütern gebundenen Technologien wurden schwergewichtig im Investitionsgütersektor implementiert. Die hiermit notwendig verbundenen, selbst zu erbringenden und diese Strategie begleitenden Investitionen, verursachten letztlich eher eine Verstärkung der geschilderten Verzerrungen in den Sektoralstrukturen und damit ein zusätzliches Zurückbleiben des Konsumgütersektors in dynamischer Sicht. Die Erwartungen, daß der Zufluß investiver Ressourcen aus dem Westen die Effizienz des Systems auch im Hinblick auf die Konsumgüterversorgung verbessern und sich insgesamt ein produktiverer Faktoreinsatz zeigen würde, erfüllten sich nicht. Ungelöst blieb in diesem Zusammenhang das Problem, in welcher Weise die ver-

gleichsweise komplexeren importierten Technologien mit den in den eigenen Anlagen und Maschinen gebundenen, weniger anspruchsvollen technischen Standards verknüpft werden sollten.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den erwähnten systemimmanenten Reformversuchen.

Die geschilderten Dysfunktionalitäten und Barrieren wirtschaftlichen Wandels blieben den zentralen Planträgern in Partei und Staat selbstverständlich nicht verborgen. Schon relativ früh nach dem Zweiten Weltkrieg wurden insbesondere auch durch das ZK der KPdSU Listen vorgelegt, in denen diese Dysfunktionalitäten im einzelnen aufgeführt wurden. Eine solche Liste von Dysfunktionalitäten hätte de facto mit wenigen Akzentverschiebungen in allen Zentralverwaltungswirtschaften permanent publiziert werden können. Die Versuche waren zahlreich, durch systemimmanente Reformen den geschilderten Dysfunktionalitäten zu begegnen. Auf zwei solcher Versuche in der DDR sei hier verwiesen, weil diese für die internen Ordnungsstrukturen des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems doch mit erheblichen Änderungen verbunden waren und in der einen oder anderen Form in allen Staaten des Ordnungstyps der Zentralverwaltungswirtschaft unter dem Stichwort „grundlegende Wirtschaftsreformen“ angekündigt und verwirklicht wurden. In der DDR wurden die entsprechenden Reformversuche, auf die hier näher einzugehen ist, unter den Leitbegriffen des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖS) bzw. der „Kombinatsreform“ durchgeführt.

Anlaß für die Entwicklung und Implementierung des systemimmanenten Reformversuchs „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ war die Tatsache, daß auch das Wirtschaftssystem der DDR zu Beginn der 60er Jahre in eine ernste Krise geraten war, wodurch die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß die Wirtschaft nicht mehr hinreichend in der Lage war, ihre eigentliche Grundfunktion zu erfüllen, nämlich die politisch-gesellschaftliche Macht der herrschenden politischen Führung zu stabilisieren. Diese Krise zeigte sich darin, daß die Wachstumsraten des „produzierten Nationaleinkommens“ drastisch zurückgingen. Mit dem Rückgang der Wachstumsraten wurden erhebliche Disproportionen im Gefüge der Produktions- und Austauschprozesse sichtbar, die es mit sich brachten, daß der Siebenjahrplan (1959-1965) nach drei Jahren seiner Laufzeit als nicht mehr erfüllbar angesehen und daher aufgegeben werden mußte.

Man zog aus diesem Desaster den Schluß, daß die bisherige Phase des extensiven Wachstums der Wirtschaft deswegen zu Ende gehen müsse, weil die vorhandenen Ressourcen inzwischen weitgehend ausgelastet waren, so daß es notwendig wurde, intensives Wachstum hervorzubringen. Man entschloß sich im Jahr 1963 zu einer groß angelegten Wirtschaftsreform, die in ihrer ersten Phase (1963-1967) als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) und in ihrer zweiten Phase (1968-1970) dann „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) bezeichnet wurde. Diese Reform brachte einen gewissen Abbau der Zentralisierung in der Wirtschaftspla-

nung, ohne jedoch von dieser grundsätzlich abzugehen. Man entschloß sich dazu, nur noch eine ausgewählte Anzahl quantitativer und qualitativer Planauflagen an die Betriebe verbindlich vorzugeben. Diese Planauflagen erstreckten sich vor allem auf (die) Produktion und (die) Investitionen in den Wachstumsbranchen Petrochemie, Elektronik, Elektrotechnik, Datenverarbeitung usw. Man versuchte, die Tätigkeit der Betriebe vermittels „indirekt" wirkender Instrumente, den sogenannten „ökonomischen Hebeln", in eine von der politischen Führung gewünschte Richtung zu lenken. Hierzu gehörten die „Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung" – das waren staatlich festgesetzte Preise, Steuersätze, Abschreibung, der Gewinn, Normative für die Gewinnverwendung usw. – und die „Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit" in Form von Leistungsprämien und dergleichen.

Dem Betriebsgewinn als Maßstab der Betriebsleistung und die Bindung des Prämiensystems und sonstiger betriebseigener Fonds an dessen Erfüllung fiel im NÖS eine wichtige Rolle zu. Diese Zentralfunktion konnte der Betriebsgewinn, trotz zweier in den Jahren 1964 und 1967 durchgeführten Preisreformen, aber bei im Kern nicht geänderten Methoden zentraler materieller und finanzieller Planung sowie administrativer Preisplanung nicht erfüllen. Dies wird daran deutlich, daß infolge des erweiterten Handlungsspielraums der Betriebe die von diesen getroffenen Entscheidungen besonders in strukturpolitischer Hinsicht nicht mit den von der Partei- und Staatsführung gesetzten Zielen übereinstimmten. Die daraus erwachsenen Disproportionalitäten führten letztendlich zum Abbruch dieses Experiments. Die Rezentralisierung, die mit der Übernahme von Partei und Staatsführung durch Erich Honecker 1971 einsetzte, führte zu einer Rezentralisierung der Anwendung der altbekannten Methoden im Kern.

Ein letzter Reformversuch war die Kombinatsreform. Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, noch drei Minuten dazu.

Die sogenannte Kombinatsreform zielte primär darauf ab, die mit dem bis dato nicht überwundenen Typus extensiven Wirtschaftswachstums verbundenen Ineffizienzen aller Art, schwergewichtig im industriellen Sektor, zu überwinden. Methodisch sollte damit der Wachstumstypus der intensiv erweiterten Reproduktion durch Bildung der Großwirtschaftseinheiten „Kombinate" in der Industrie, dem Bauwesen und der Verkehrswirtschaft sowie durch Übertragung von Planungs- und Leitungskompetenzen auf diese durchgesetzt werden. Wiederum sollte aber damit das Kernstück einer Zentralverwaltungswirtschaft, die zentrale staatliche Planung und Leitung, nicht außer Kraft gesetzt, sondern deren Effizienz verbessert werden.

Von der Kombinatsreform wurde eine Beschleunigung der innerzweiglichen Koordinations- und Bilanzierungsprozesse, der Einigungs- und Beschlußfassungsprozeduren sowie von Chancen zur Initiierung innerkombinatlicher Neuerungsprozesse erwartet.

Auch durch die Kombinatsreform konnten die oben geschilderten systemtypischen Dysfunktionalitäten nicht durchbrochen werden. Durch die mit der Kombinatsreform den Kombinaten übertragenen erweiterten Planungs- und Bilanzierungskompetenzen wurden im Gegensatz zu den erhofften Effekten die Tendenzen zu kombinatsautarkem Verhalten noch verstärkt. Die Folge davon war, daß z. B. die sogenannte Fertigungstiefe, ein anderer Begriff für Unterspezialisierung, eher noch zunahm, die exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren einschl. Investitionsmitteln und Arbeitskräften sich nicht zurückbildete. Technischer Fortschritt konnte unter den weiterhin obwaltenden grundsätzlichen Ordnungsbedingungen der Zentralverwaltungswirtschaft, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Maße durchgesetzt werden. Die erhofften gesamtwirtschaftlich positiven Effekte, ablesbar an Material- und Energieeinsparungen sowie einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, ließen sich durch diesen Reformversuch ebenfalls nicht realisieren. Letztlich ist auch die Kombinatsreform an den inneren Widersprüchen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft gescheitert.

Welche Folgerungen wären für die Politik, ich meine innerhalb der DDR, daraus zu ziehen gewesen? Man hätte das System in einer Weise systemüberwindender Formen ändern müssen, was aber letztendlich bedeutet hätte, ein marktwirtschaftliches System mit allen Konsequenzen zu implementieren, denn die Politik der Zentralverwaltungswirtschaft hatte sich sozusagen, ich will es etwas kraß formulieren, ad absurdum geführt. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Klein. Wir treten jetzt nicht in die Diskussion ein, sondern ich möchte Herrn Professor Schmidt bitten, seinen Vortrag zum selben Thema zu halten.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtages, sehr geehrte Damen und Herren, die kritische Analyse der DDR-Zentralwirtschaft bedingt die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Ich habe mich bereits gewundert, daß jetzt hier über eine Stunde lang dieser Ahnenherr dieses untergegangenen Kommunismus nicht erwähnt wurde. Die Geschichte kennt viele Diktaturen. Es werden noch einige entstehen und einige untergehen. Die untergegangenen Diktaturen des Ostblockes waren aber letztendlich auf den Fundamenten marxistischer Theorien gegründet. Das ist ein wesentlicher Unterschied. So hatte z. B. Hitlers Drittes Reich einen anderen Umgang mit den Produktionsmitteln als die in jüngster Zeit untergegangenen linken Diktaturen. Das muß man allen Totalitarismusforschern sagen, die Politik und Wirtschaft getrennt betrachten. Als ich 1991, von Naivität getragen, an die größeren Verlage der Bundesrepublik herangegangen bin, ein Buch zu der Marxismusauseinandersetzung zu veröffentlichen, hatte ich keinen Erfolg. Ich gebe hier auszugsweise einen Brief von Herrn Ulrich Frank-Planitz von der Deutschen Verlagsanstalt wieder: „Ich fürchte, daß das Interesse an einem solchen Projekt im Augenblick nicht sonderlich groß ist, auch nicht bei den jungen Leuten. Zudem nehme ich an, daß es bei der politischen Auseinandersetzung mit der DDR-Nostalgie gar

nicht auf die Auseinandersetzung mit dem Marxismus ankommt.“ Vier Jahre später hat der Universitätsverlag Köln das Buch mit dem Titel „Der sanfte Menschheitsuntergang oder Der Trieb, der Karl Marx stürzte“ veröffentlicht. Die Wahlergebnisse in postkommunistischen Ländern und die Umfrageergebnisse in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg zeigten zu diesem Zeitpunkt bereits die nicht für möglich gehaltene Rückbesinnung. Heutzutage ergeben Meinungsumfragen über 20 % Rückbesinnung und Nostalgie in den sogenannten neuen Bundesländern. Ich warne davor, diese Erscheinung nur als Nostalgie und Protest abzutun. Es sind Nachhalle politischer Prägungen. Hatte nicht jeder Hochschulstudent 300 Stunden, in denen er mit der politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus vertraut gemacht wurde? Wer zählt die unzähligen Parteilehrjahre und Gewerkschaftsschulungen auf? Das hat alles unter dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ Wirkungen hinterlassen. Manches klang ja auch so einfach. Knüpften diese Theorien nicht an das alte Lied „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann...?“ Jetzt gibt es durchaus Menschen, die angesichts der Vergangenheitsbewältigung, wie sie in der Presse geführt wird, sagen, der Marxismus war gar nicht so schlecht. Es waren ja nur einzelne Menschengruppen, die an den Schalthebeln der Macht saßen und alles verdorben haben. Mit anderen Menschen an führender Stelle könnte man es vielleicht noch einmal probieren. Ich möchte daran erinnern, wie lange noch die hölzerne Schlange trotz Christianisierung an die Giebel der Lausitzer Bauernhöfe genagelt wurde. Deshalb halte ich es für ganz wichtig, daß wir uns doch den grundsätzlichen Dingen zuwenden. Ich möchte dazu an marxistische Postulate erinnern wie „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Dieses besagt, man muß nur sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen, man muß enteignen auf Teufel komm raus. Man muß möglichst zu 100 % die private Wirtschaft beseitigen, dann entsteht der sozialistische Mensch, der sich mit dem Eigentum identifiziert, und alles wird gut. Oder nehmen wir ein zweites Postulat: Nur menschliche Arbeit ist wertbildend, der Boden hat keinen Wert. War das nicht die philosophische Grundlage aller Enteignungen? Die Antikriegsgewinnler-Agitation nach 1945 war eben nicht nur Agitation. Die Enteignung war in der Lehre des Marxismus-Leninismus festgeschrieben. Wer sich heute hier in Dresden die ehemalige Thälmann- jetzt wieder Wilsdruffer Straße in Dresden betrachtet, muß erkennen, ohne die Lehre des Marxismus wäre die gnadenlose Überbauung alter Stadtstrukturen nicht möglich geworden und gewesen. Der Marxismus-Leninismus war die Theorie dafür. Hatte nicht Lenin gesagt: „Eine Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift“? Dazu haben die kommunistischen und Arbeiterparteiführungen nachgeholfen. Ich möchte in meinem Referat darauf eingehen, daß es die ideale Arbeiterklasse, von der das System geträumt hatte, nicht gegeben hatte und daß hierin auch eine Dysfunktion des Systems zu suchen ist. Ich kann nicht anders, als ein wenig in die Naturwissenschaften abzuschweifen. Ich erinnere hier an Wilhelm Ostwald (Physiko-Chemiker und Nobelpreisträger), der unter allen Tier-Mensch-Unterschieden einen sehr wesentlichen begründet hat. Nach Ostwald unterscheidet sich der Mensch dadurch vom Tier, daß er erstens außerhalb seines Körpers Energie in Arbeit umwandeln

kann und daß er zweitens mehr Energie verbrauchen kann, als zur Aufrechterhaltung der Grundfunktion seines Lebens notwendig hat. Ich bitte Sie darum, sich im Geist einen ganz einfachen Bruch aus Zahlen vorzustellen. Über dem Bruchstrich im Zähler sollen aber keine Zahlen, sondern Gegenstände und Bedürfnisse und unter dem Bruchstrich, im Nenner, sollen die Aufwände an Muskel- und Hirnarbeit stehen. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß über dem Bruchstrich der Privatbesitz an Produktionsmitteln, das eigene Haus, das Auto, das Boot, die eigenen Pferde und die Pferdepflegerinnen als zählbares Ergebnis der Anstrengungen stehen. Sie dürften diese Aufzählung aus einer Fernsehwerbung der Sparkassen kennen. Unter dem Bruchstrich, im Nenner, sollen die vom Menschen getätigten Anstrengungen stehen. Für die Maximierung des Quotienten bestehen zwei Möglichkeiten. Die eine folgt aus der Vergrößerung des Zählers, die andere aus der Verringerung des Nenners. Nur die Marktwirtschaft ermöglicht dem Individuum, in der Gesellschaft den Zähler schneller zu vergrößern als den Nenner. Das heißt, in der Marktwirtschaft ist es möglich, für mehr Aufwand im Nenner ein größeres zählbares Ergebnis zu bekommen. Die zentrale Verteilungswirtschaft schreibt aber den Zähler – das zählbare Ergebnis – fest. Jetzt stellen Sie sich bitte ein fiktives Haus vor, so wie wir es hier aus den Fenstern heraus erblicken und wie sie überall in der DDR zu finden waren. Hinter einem Hauseingang wohnen gemeinsam der Chirurg, die Krankenschwester, der Fußballspitzenstar, der Musiker und der Schlosser. Unten vor dem Hauseingang stehen drei nur wenig voneinander differenzierte Autotypen. Es kann sogar passieren, daß der Arzt und der Straßenkehrer, die in dem gleichen Haus wohnen, an einem Tag eine Postkarte bekommen, wo ihnen mitgeteilt wird, daß sie nach 6jähriger Wartezeit ein neues Auto abholen können. Wie kann ich jetzt versuchen, daß unter diesen Bedingungen der Quotient trotzdem einen sehr großen Wert bekommt? Da der erste Weg die Vergrößerung des zählbaren Ergebnisses in der zentralen Verteilungswirtschaft verbaut ist, muß ich versuchen, mit wenigem Aufwand die Zuteilung zu erhalten. Ich habe mich etwas amüsiert, daß Herr Pfeifer, dessen Buch allen Teilnehmern der Anhörung hier zugänglich ist, in einem sicherlich von ihm im Auftrag des Verlages selbst verfaßten Nachwort schreibt: „Die hier beschriebenen desolaten systembedingten Betriebsstrukturen in den VEB`s zeigen auch, daß jeder Fleiß vergeblich war und es nicht an den Menschen lag, wenn die DDR-Wirtschaft in den Ruin steuerte.“ Hat er nie die Worte gehört: „Nach um eins macht jeder seins“ oder „Privat geht vor Katastrophe“? Diese Worte haben Werktätige volkseigener Betriebe im Munde geführt. Ich werde noch einmal darauf zurückkommen. Es wäre leicht, diese Menschen wegen dieser Haltung oder, besser gesagt, dieser Verhaltensumkehr zu verurteilen. Eine derartige Haltung hat das System mit seiner Diktatur bewirkt. Wir müssen, um das zu erfassen, zunächst auf die Verfassung der DDR zurückkommen. Diese Verfassung schrieb das zählbare Ergebnis für den Bürger fest. Der Artikel 4 der Verfassung lautete: „Alle Macht dient dem Wohle des Volkes, sie sichert sein friedliches Leben und die sozialistische Gesellschaft und gewährleistet die sozialistische Lebensweise der Bürger.“

Die Staatsmacht aber legte fest, was sozialistische Lebensweise ist. Gewinn aus Arbeit zu ziehen und damit privates Eigentum an Produktionsmitteln zu schaffen, war niemand vergönnt. Denn schließlich stand im Artikel 9 dieser Verfassung, daß die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf dem sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln beruht. Im Sinne des Marxismus-Leninismus hatte der DDR-Bürger nicht nach Kapitalanteilen zu trachten. Hierzu ein Beispiel. Da aus der Vermietung von Häusern kein Gewinn gezogen werden konnte, war es oft schlimm und belastend, in der DDR ein Haus zu erben. So trat das Gegenteil ein. Die Häuser wurden oft verschenkt, da es schwer war, die Handwerksleistungen für die Unterhaltung des Gebäudes zu bekommen, und der Mietertrag viel zu gering war. Diese Umkehr der Verhaltensweisen erfolgte nicht spontan, sondern entwickelte sich schleichend über einen Zeitraum von 40 Jahren. Es gäbe noch weitere Beispiele. Ich möchte hier wegen der Zeit etwas abkürzen und bei der Feststellung verbleiben, daß in der DDR das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht erwünscht war und daß die Verteilungswirtschaft bestimmte, wie der Bürger leben sollte.

Wie erfolgte die Anpassung an dieses System. Es ist immer schwierig, über Menschen determiniert zu reden. Zum Zwecke der Analyse sollten wir aber die Menschen, die in der DDR im berufsfähigen Alter lebten, in drei Gruppen einteilen: In die Gruppe der 20- bis 35jährigen, die in den beruflichen Wettbewerb hineindrängen, in die Gruppe der 35- bis 50jährigen, die im beruflichen Wettbewerb dominieren, und die Gruppe der 50- bis 65jährigen, die beginnt, im beruflichen Wettbewerb zurückzuweichen. Ich möchte niemand hier im Saal zu nahe treten, gehöre ich doch selbst zu der letzten Gruppe. Dann möchte ich auch die DDR-Geschichte in drei Etappen einteilen, in die erste Etappe von 1949-1961, von der Gründung bis zum Bau der Mauer, in die Etappe von 1961-1980, als die Etappe einer scheinbaren wirtschaftlichen Konsolidierung, und in die dritte Etappe von 1980-1999, als Zerfallsperiode. Wir kommen bei diesen Betrachtungen nicht an Stalin vorbei. Ich muß mich an die Auswirkungen seiner Diktatur erinnern. Es verwundert mich, daß immer nur von der Mauer gesprochen wird. Ist keiner mehr unter uns, der zwischen 1950 und 1961 an der Neiße oder auf dem Kamm des Erzgebirges entlang gewandert ist? Hat niemand gesehen, daß dort die Wachtürme in 1000 m Abstand standen, daß Stacheldraht gezogen und Todesstreifen gepflügt waren? Bei Schmilka war der Stacheldraht bis in die Elbe hinein gebracht. Stalin hatte die sowjetische Besatzungszone als Pfahlbürger behalten in der Hoffnung, daß er mit den hier lebenden Kommunisten noch ganz Deutschland in die Hände bekommt. Die DDR, das war in der ersten Etappe eine Pfahlbürgerschaft des sogenannten sozialistischen Lagers. Ich erinnere an den Theoretiker Stalin. Seine Theorie rechtfertigte die Massendeportation, die er auch betrieben hat. Wer die These vertritt, daß der Boden keinen Wert hat und die Nation im Kommunismus historisch und damit vergänglich ist, zeigt sich imstande, Millionen Bürger umzusiedeln oder zu vertreiben. Es mag paradox klingen, aber die Anwesenheit deutscher Kommunisten hat ihn getäuscht und in der Hoffnung gelassen, ganz

Deutschland seinem Regime unterzuordnen. Welche Menschen lebten aber in dieser Zeit? Wer an den sogenannten FDJ-Initiativen Trinkwassertalsperre Sosa oder „Max braucht Wasser“ mitgearbeitet hatte, war noch in der Weimarer Republik oder gar in der Kaiserzeit geboren. Der Vierzigjährige von 1945 war 1905 geboren wurden. Das heißt, die DDR wurde in den ersten Jahren mit Menschen aufgebaut, denen es noch vertraut war, für mehr Leistung mehr zu bekommen. Doch bereits 1953 begriffen diese Menschen und besonders der dynamische Teil unter diesen, daß diese Hoffnungen in einem kommunistischen System nicht aufgehen. Das war der Anlaß für die Ereignisse des 17. Juni 1953. Diese Bewegung wurde niedergeschlagen, und danach bestand bis 1961 der Ausweg in der Flucht über die Westgrenze der DDR. Das Politbüro der SED wußte, daß es nur mit diesen Menschen die DDR aufbauen konnte. Deshalb legte es ja der Weberin Frieda Hockauf aus Zittau die folgenden Worte in den Mund: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Das wäre ja eigentlich das normale Prinzip zur Vergrößerung des Quotienten, das eben nur in der Marktwirtschaft vonstatten geht, gewesen.

Jetzt zur zweiten Periode: 1961 wird mit dem Mauerbau aus dem Pfahlbürger der DDR der Bürger des sozialistischen Lagers. Die Mauer wurde nicht neu errichtet. Ich sage das hier, weil es vollkommen der Wahrheit entspricht und nachvollziehbar ist. Sie wurde lediglich um 400 km nach dem Westen vorverlegt. Damit war die in der Flucht bestehende Alternative verwehrt. Jetzt galt es zu unterscheiden zwischen Opposition oder Anpassung. Betrachten wir jetzt die Menschen, wie sie sich in der zweiten Periode verhielten. Nicht alle haben sich angepaßt, doch sehr viele. Stellen wir uns die folgende Frage: Wann waren die geboren, die damals in den Wettbewerb hineindrängten? Sie kannten die Marktwirtschaft nicht mehr aus eigenem Erleben. Die 20- bis 35jährigen waren vielfach schon vollkommene DDR-Bürger und pflegten den Umgang mit dem System auf ihre Weise. Für sie kam es darauf an, die Zuteilung mit einem Minimum eigenen Aufwandes zu erhalten. Eine andere Verhaltensweise war nicht mehr möglich. Ich erinnere nur an die Landwirtschaft. Wir wissen, daß in die Zeit von 1960 bis 1961, also in die Zeit zu Beginn der zweiten Periode, auch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft fiel. Es waren nur die Eltern und Großeltern als Besitzer der Bauernhöfe, die sich zunächst damit nicht abfinden konnten. Die junge Generation stellte alsbald fest, daß sie jetzt Urlaub wie die Industriearbeiter und einen geregelten Arbeitstag hatte. Sie fand sich deshalb sehr wohl bald mit den neuen Verhältnissen einer sozialistischen Landwirtschaft ab, in der nicht alles von der eigenen Leistung abhängig war.

Wenige Jahre nach 1961 blieb die Wirtschaftskraft nicht zuletzt als Folge des Anpassungsverhaltens hinter den Erwartungen des Politbüros zurück. Es gab daraufhin zwei Versuche, die Mißstände zu überwinden. Das „neue ökonomische System“ als der eine Versuch wurde schon von meinen Vorrednern erwähnt. Es wurde bald bekannt, daß das noch unter Stalinscher Wirtschaftsführung kreierte Festpreissystem nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Deshalb wurde von den unveränderlichen Planpreisen abgegangen. Da ich aber weiß,

daß Herr Dr. Schürer heute noch das Wort ergreift und damit dann ein größerer Insider zu Wort kommt, möchte ich mich dem zweiten Versuch zuwenden. Das ist die Frage der Frauenarbeit. Wenn in einer Volkswirtschaft halb so viele doppelt so produktiv arbeiten, ist es genau so, als wenn doppelt so viele halb so produktiv arbeiten. Die Frauenarbeit diente zur Substitution der ausbleibenden Ergebnisse in einer zurückfallenden Wirtschaft. Sehr bald erreichte die Frauenarbeit in der DDR über 80 %. Dennoch fand in der zweiten Periode eine Zäsur statt. Zum ersten Mal mußte ein Parteikonzept aufgegeben werden. Es war das Konzept Walter Ulbrichts, mit Förderung der Wissenschaft um jeden Preis den Anschluß wieder herzustellen. Im Grunde genommen benahm sich dabei das Politbüro fast so wie der Kaiser auf der Prager Burg, welcher in der Hoffnung auf Gold die Alchimisten im Goldmachergäßchen angesiedelt haben soll. Man hoffte, allein mit Wissenschaft den Rückstand aufzuholen. So möchte ich daran erinnern, daß die Hochschulen in den technischen Disziplinen ausgebaut wurden. Es wird immer gesagt, daß vielen jungen Menschen in der DDR die Studienplätze verwehrt wurden. Das mag für das Medizin- und Kunststudium zutreffen. In der DDR gab es aber zu dieser Zeit eine Welle, wo man am liebsten hätte jeden zu einem Ingenieur gemacht in der Hoffnung, viele Studierte bringen viel Gewinn.

Wie weit die Anpassung in der zweiten Periode fortgeschritten war, zeigt noch ein anderes Ereignis – der Prager Frühling. Es hat bis zum Prager Frühling der DDR in der Tat noch relativ große privatwirtschaftliche Betriebe gegeben. Das waren Betriebe mit 100 bis 200 Beschäftigten. Wer noch heut abend über die Prager Straße spaziert, sollte wissen, daß die Fundamente und die Geschosse bis zum ersten Stock der Hotels und des damals längsten Wohnhauses Europas von einer bis 1970 privaten Firma gebaut wurden.

Nebenbei möchte ich hier alle Teilnehmer der Anhörung daran erinnern, daß wir am Mittwoch in einem sehr denkwürdigen Saal sitzen werden, wo wichtige Befehle zur Vorbereitung des Einmarsches für die Niederschlagung des Prager Frühlings vorbereitet wurden. Dort trafen sich Breschnew und andere Potentaten um das Nötige zu veranlassen. Wir werden uns an historischer Stätte befinden.

Nach dem Ende des Prager Frühlings forderten die sogenannten Bruderländer, daß auch die DDR die Deprivatisierung 100 %ig zu vollenden hätte. Erst dann wurden die letzten privaten Firmen, die in dem Wirtschaftsgefüge bis dahin eine ganz wichtige Rolle gespielt hatten, enteignet. Ob es jetzt viele wahrhaben wollen oder nicht, die Bevölkerung hat das begrüßt oder zumindest ohne Gegenwehr zur Kenntnis genommen. Es kursierten vorher eine Menge Witze in der Bevölkerung, weil die Handwerker und Privatgewerbe-Betreibenden ihre Swimmingpools und ihre über sozialistische Lebensverhältnisse hinausgehenden Häuser zu nahe an der Straße gebaut hatten. Solches entsprach in der Menge nicht mehr der bereits tiefer wurzelnden Auffassung von Gleichheit. Auch daran erkennt man die zu diesem Zeitpunkt bereits stattgefundene Anpassung.

1980 begann die dritte und letzte Periode der DDR. Jetzt waren nur noch die über 50jährigen vor 1949 in das Berufsleben eingetreten und kannten die Regeln zur Optimierung des Quotienten unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Die Frauenarbeit war als Reserve aufgebraucht. Die Überschuldung – auf dieses Kapitel würde ich jetzt hier nicht eingehen, weil das mein Vorredner sehr wohl richtig dargestellt hat – war sehr groß geworden, so daß die DDR ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verloren hatte. Zur Darstellung der Situation möchte ich wieder zwei DDR-Witze zitieren, die den Zerfall verdeutlichen. Der eine zeigt, wie die Mauer virtuell zerbrochen war. Dazu eine Vorgeschichte. Durch das Satellitenfernsehen bekam jetzt der Bürger eine Vorstellung davon, wie das zählbare Ergebnis über dem Bruchstrich aussehen könnte. Zuvor war ja auch der Informationsaustausch bis 1980 relativ behindert. Als der DDR die Devisen ausgingen und die westdeutschen Städte der Nostalgie verfielen, wurde in der DDR damit begonnen, das noch vorhandene Kopfsteinpflaster herauszureißen, zu waschen und in die Bundesrepublik zu verkaufen. Als Folge davon tauchte in der DDR der Spruch auf: „Ach wär ich nur ein Pflasterstein, ich könnte morgen drüben sein!“ Das war der erste kleine Witz und Gassenhauer. Es gab einen anderen Witz und der widerlegt das bereits erwähnte von Herrn Pfeifer geschriebene Nachwort: Eine hochrangige Delegation japanischer Geschäftsleute besucht DDR-Betriebe und wundert sich, daß so viele Menschen in den Hallen nichtstuenderweise herumstehen. Sie befragen den Werkdirektor, was das doch für einen Sinn hätte. Seine Antwort lautet: „Ja, das ist wie bei Ihnen, die herrschende Klasse arbeitet bei uns auch nicht.“ Die Entwicklung der Produktivität hielt in der dritten Periode mit den Anforderungen nicht mehr Schritt. Das Volk identifizierte sich nicht mehr mit diesem Land und damit kam das Land in eine Situation, in welcher die Verteilungswünsche, d. h. die Wünsche an das zählbare Ergebnis, nicht mehr erfüllbar waren. Die Verhaltensumkehr, d. h., mit einem Minimum an nennenswerten Aufwand die Zuteilung zu erhalten, war eine der Hauptursachen für den Zerfall der DDR und anderer Ostblockstaaten, in denen zwar der Verlauf anders, die Ursachen jedoch Gemeinsamkeiten aufweisen.

Das zu begreifen, ist natürlich eine bittere Pille für so manche Bürgerrechtsbewegung. Ich möchte so sagen: Hut ab und alle Achtung vor diesen. Sie waren es, die den Stein von der Mauer gestoßen haben. Sie waren es aber nicht, die die Mauer gelockert haben. Das System war in den 80er Jahren nicht mehr getragen worden von denen, die es erbauen sollten. Das Politbüro der SED spekulierte verkehrt, indem es noch immer auf die Initiative der Werktätigen, auf die Initiative der für es „heiligen“ Arbeiterklasse setzte, die es so nicht gab. 1989 war eine Theorie zerbrochen, die besagte, wenn man nur volkseigene Produktionsverhältnisse schafft, so wird sich jeder damit identifizieren und nach seinem besten Willen arbeiten. Schließlich ist er der Inhaber der Betriebe.

Dennoch möchte ich jetzt vor einem warnen; ich halte die Zeit für die endgültige Aufbereitung der SED-Diktatur und ihrer Vergangenheit noch nicht reif. Ich erinnere hier an Alexis de Tocqueville. 65 Jahre nach der Französischen Revolution erschien sein Buch „Der alte Staat und die Revolution“. In diesem

Buch ist ihm der Sturm auf die Bastille nicht eine halbe Seite wert, und der Schusterjunge mit der roten Fahne auf der Barrikade taucht gar nicht erst auf. In seiner Schrift wird hart abgerechnet mit Ernteergebnissen, Klimaerscheinung, Lebensgewohnheiten u. dgl. Ich denke, die Zeit muß noch kommen, wo die nötige Nüchternheit zur Bewältigung des Vergangenen einzieht.

Für einen neuen Tocqueville könnte die deutsche Teilung und ihre glückhafte Überwindung eine einmalige Analysemöglichkeit über das Wesen des Menschen und seiner Geschichte darstellen. Ist es nicht so, als wären 1949 zwei genetisch gleiche und gleichzeitig existierende Pflanzen unter den Händen verschiedener Züchter in zwei unterschiedlich beheizten Gewächshäusern mit unterschiedlicher Nährstoffzufuhr aufgezogen worden? 1989 wurden die Gewächshäuser geöffnet und die Pflanzen nebeneinander gestellt. Recht für Betroffene schaffen ist notwendig. Das kann aber nur die eine Seite der Beschäftigung mit Vergangenheiten sein. Schlußfolgerungen und Lehren daraus zu ziehen, um neues Unrecht und neue Betroffenheit zu verhindern, ist die andere Seite. Wer das Richtschwert zieht, sollte zuvor an das Vaterunser denken. Heißt es da nicht „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern“? Da steht nicht, wie wir zuvor mit unseren Schuldigern zu verfahren haben, zumal jene kaum noch leben, die mit marxistisch-leninistischen Vorstellungen die DDR 1949 auf den Weg gebracht hatten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich schlage vor, wir machen jetzt fünf Minuten Pause und sollten dann mit der Diskussion beginnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Nachdem die Referenten Platz genommen haben, sollten wir mit der Diskussion beginnen. Herr Professor Schmidt hatte gegen Ende seines Referates noch darauf hingewiesen, daß Alexis de Tocqueville sein Buch über das „Ancien régime et la révolution“ erst 50 Jahre nach der Revolution geschrieben hat. Ganz so lange sollten wir nicht warten. Wir sollten doch versuchen, ein Stück mehr Präzision zu bringen, und die Diskussion kann ja vielleicht nach beiden Vorträgen dazu beitragen. Als erstes hat sich Herr Dr. Jork gemeldet.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, ich möchte meine erste Frage an Herrn Professor Schmidt richten. Er hat gesagt, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein prägt als eine der Grundmaxime und Erkenntnisse des Marxismus. Wir haben das hier früher erlebt, und für mich steht folgende Frage im Zusammenhang mit dem Vortrag: Wie wirkt die Erkenntnis heute in dem Verhalten der Menschen und auch in den Erwartungen und Enttäuschungen – die sind ja in den 40 Jahren geprägt worden – fort?

Eine zweite Frage richtet sich auch an Herrn Professor Schmidt. Wir haben vom Zugriff gesprochen, der durch die Zentralwirtschaft möglich war. Dieser Zugriff betraf auch die Forschung und die Möglichkeit, Aufgaben im Zusammenhang mit technischer Entwicklung z. B. an die Akademie der Wissenschaften, an die Hochschulen zu geben und koordinierend zu wirken. Wie